

## OFFENER BRIEF

an den Senat von Berlin und die Berliner Bezirksbürgermeister\*innen

## Berlin reicht's! - Vermüllung im öffentlichen Raum jetzt stoppen

### Ein Zwischenfazit

Die Vermüllung des öffentlichen Raums in Berlin hat zuletzt stark zugenommen. Sie ist zugleich ein ästhetisches und ökologisches Problem. Berlin versinkt im Müll, ohne dass adäquate Lösungen und langfristige Besserung in Aussicht sind. Das kann nicht länger so bleiben. Berlin reicht's! Im Juni dieses Jahres hat wirBERLIN daher zusammen mit zahlreichen Berliner Initiativen und engagierten Einzelpersonen, die sich für eine saubere Stadt einsetzen, in einem offenen Brief an die Berliner Politik fünf zentrale Forderungen gestellt, durch deren zügige und konsequente Umsetzung eine dringend notwendige Verminderung des Müllproblems im öffentlichen Raum herbeigeführt werden soll. Der offene Brief und seine Forderungen richteten sich an den Berliner Senat und vor allem an die Bezirksbürgermeister\*innen. Er schloss mit der Bitte, auf unsere gestellten Forderungen einzugehen, das Gespräch mit uns darüber zu suchen, um gemeinsam, im Schulterschluss zwischen Politik, Verwaltung und bürgerschaftlich Engagierten Lösungen zu diskutieren. So möchten wir zusammen einen Weg Richtung sauberes, lebenswertes Berlin für alle finden und ebnen.

Alle Bezirke Berlins haben in unterschiedlicher Form auf unseren Brief reagiert. In **Lichtenberg, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf** und **Tempelhof-Schöneberg** wurden wir zu persönlichen Gesprächen in die jeweiligen Rathäuser eingeladen, um mit dem/der Bezirksbürgermeister\*in und unterschiedlichen weiteren Verantwortlichen, z.B. Bezirksstadträt\*innen, Referent\*innen und Pressesprechende, über die individuelle Situation vor Ort, die Problemfelder, die Lösungsansätze und ihre Grenzen sowie die bezirklichen Ambitionen zu sprechen. Die meiste Zeit wurde uns in **Neukölln** eingeräumt, wo uns neben dem Bezirksbürgermeister auch Vertreter\*innen des Ordnungsamts und der langjährigen Kampagne *Schön Wie Wir* empfangen haben. Die Bezirke **Spandau, Reinickendorf** und **Marzahn-Hellersdorf** boten telefonische Gespräche zum Thema an. Aus **Treptow-Köpenick** und **Mitte** erreichten uns schriftliche Stellungnahmen. Ergänzend zu den Gesprächsangeboten wurden uns außerdem aus Spandau und Pankow zusätzliche schriftliche Antworten zugesandt. In **Friedrichshain-Kreuzberg** hat man uns für die Zeit nach der anstehenden Wahl ein Gespräch in Aussicht gestellt.

Die Ergebnisse der Gespräche und die Stellungnahmen der einzelnen Bezirke sind so vielfältig wie Berlin selbst. Eine Zusammenfassung der Hintergrundgespräche und Stellungnahmen möchten wir im Sinne unseres gemeinsamen Vorstoßes hier als ein Zwischenfazit geben.

Generell ist unser Anliegen bezirksübergreifend auf Zustimmung gestoßen. Einige wenige Bezirke äußerten sich zunächst irritiert und hielten unseren Vorstoß für nicht gerechtfertigt. Einige Bezirke beschränkten sich weitestgehend darauf, unsere Beobachtung eines wachsenden Müllproblems in der Stadt zu bestätigen und lobten das Engagement der Zivilgesellschaft. Andere Bezirke sind deutlich tiefer in die Problematik eingetaucht, haben etablierte und geplante Lösungsansätze mit uns diskutiert, Chancen und Grenzen von Politik und Verwaltung verdeutlicht und die eigene Verantwortung betont. Sie haben den offenen Dialog gesucht und den Wunsch nach Zusammenarbeit als klare Bekenntnis für die Zukunft formuliert. Dadurch haben sie bürgerschaftlich Engagierte im Besonderen gewürdigt. Vereinzelt ist die Schaffung von Strukturen, Abteilungen und neuen Stellen, die dieses Engagement stärken und festigen sollen, sogar bereits etabliert oder in Bearbeitung.

### **Information und Orientierung im öffentlichen Raum**

Gezielte Aufklärung aller Berliner\*innen und Besuchenden, wie ein verantwortungsvoller und fairer Umgang mit Abfall aussehen kann und sollte, ist nach unserer Sicht eine essentielle Grundlage und die wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Reduzierung des Müllproblems in Berlin. Obwohl dieser Einschätzung in keinem Austausch widersprochen wurde, unterscheidet sich die Einordnung der Wichtigkeit und des Nutzens entsprechender Maßnahmen zwischen den Bezirken teils deutlich. Manche\*r Bezirksbürgermeister\*in scheint der Idee besserer und flächendeckender Aufklärung keine große Bedeutung beizumessen. Andere sind entschlossener: Manche Bezirke greifen Etabliertes auf und erproben Neues, um die Menschen im Kiez umfassend zu informieren. Dabei reichen die aktiven oder geplanten Maßnahmen von Beschilderung in Grünflächen und klassischen Printmaterialien über kreative Social-Media-Kampagnen und Podcasts bis hin zur Stärkung der Vor-Ort-Aufklärung über Parkläufer\*innen mit multiplen sozialen und ökologischen Kompetenzen oder auch Bildungsansätze im schulischen wie integrativen Kontext. Auffällig ist dabei im Vergleich der Bezirke jedoch, dass einige im Rahmen ihrer Mittel proaktiv zur Tat schreiten, während andere ihre Möglichkeiten bei Weitem nicht ausschöpfen. Auch wurde in einigen Gesprächen deutlich, dass der Austausch von Erfolg und Misserfolg erprobter Maßnahmen zwischen den Bezirken berlinweit nicht ausreichend ist. Hier ist noch viel Luft nach oben!

### **Ausreichende und brauchbare Abfall-Infrastruktur**

Der Ansatz genügend geeigneter, öffentlicher Abfallbehälter mit sinnvoll getakteter Leerung wird im Bezirksvergleich ebenfalls unterschiedlich bewertet. Generell würde man sich in Berlin bemühen, das Müllaufkommen im öffentlichen Raum stetig zu analysieren und adäquat auf Veränderungen im Bedarf zu reagieren. Augenscheinlich gelingt das in vielen Fällen nicht und kein Bezirk hat den Eindruck vermittelt, nach eigener Auffassung optimal aufgestellt zu sein. Doch sehen sich nicht alle Bezirksbürgermeister\*innen selbst in der Lage oder in der Verantwortung, den eigenen Bezirk infrastrukturell zu optimieren. Die meisten Bezirke scheinen mit den vom Senat für die öffentliche Müllbeseitigung zur Verfügung gestellten Mitteln längst an den Grenzen des Möglichen zu stehen. Einige sind motiviert, auf das gestiegene Müllaufkommen dennoch pragmatisch und lösungsorientiert zu reagieren, andere scheinen die Problemlösung vor allem auf den Senat, die individuelle Verantwortung des/der Einzelnen oder aber auf die BSR abwälzen zu wollen. Die BSR als überbezirklich vom Senat finanzierte Instanz spielt hier eine besondere Rolle. Mehr und mehr Grünanlagen in Berlin wurden

kürzlich und werden in Zukunft von der BSR gereinigt und das offenbar vergleichsweise erfolgreich. Diese sei jedoch für diese Aufgabe finanziell deutlich besser ausgestattet als die bezirklich sonst zuständigen Straßen- und Grünflächenämter. Die alternative Beauftragung der BSR wird durchaus unterschiedlich bewertet, doch herrscht in allen Bezirken Einigkeit darüber, dass bessere Infrastruktur nur durch flächendeckend bessere finanzielle Ausstattung erreicht werden kann. Dies gelte z.B. auch für die Einführung bzw. den Ausbau von Sperrmülltagern, um etwa dem großen und kostenintensiven Problem illegaler Sperrmüllentsorgung entgegenzuwirken.

### **Bußgeld als Signal**

Überall dort, wo Menschen ihren Abfall mutwillig im öffentlichen Raum entsorgen und dadurch wissentlich Kosten sowie negative ästhetische, hygienische und ökologische Folgen für die Allgemeinheit verursachen, könnte Bußgeld Signalwirkung entfalten. Der aktuelle Bußgeldkatalog regelt das sehr genau. Einige Bezirke ahnden entsprechende Vergehen vergleichsweise häufiger als andere, doch werden Umweltverschmutzer\*innen relativ zur täglichen Vermüllung in der Stadt bezirksübergreifend so gut wie nie zur Kasse gebeten. Die Herausforderung, so wird es aus allen Bezirken kommuniziert, läge darin, Verursachende in flagranti zu erwischen und das Vergehen gerichtsfest beweisen zu können. Die aktuelle Rechtslage mache eine Verfolgung und Ahndung extrem schwer und leicht anfechtbar. Vereinzelt sind auch Beamte in Zivil unterwegs, jedoch ist diese Praxis erst seit wenigen Jahren erlaubt und wird scheinbar bisher nicht in allen Bezirken genutzt. Kurz vor Beginn der Pandemie seien die Ordnungsämter zum Zwecke häufigerer Kontrollen auch in Bezug auf Vermüllung aufgestockt worden. Doch diese Mitarbeitenden sind seither in verschiedener Weise im Infektionsschutz eingesetzt. Mit Abklingen der Pandemie sollen vielerorts Kontrollen intensiviert werden. Doch wurden uns im vielfältigen Austausch auch einige Grenzen eines flächendeckenden Bußgeld-Ansatzes aufgezeigt. Zunächst sei die Verfolgung von Vergehen in Bezug auf Abfall schon jetzt mit viel Aufwand und sehr hohen Verwaltungskosten verbunden. Eine massive Aufstockung dessen scheint mit den zur Verfügung stehenden Mitteln so nicht finanzierbar. Zudem begegnet Mitarbeiter\*innen, die schon heute mit der Durchsetzung von Bußgeldern betraut sind, nicht selten Aggression bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Spezielle Eignung für diese Art der Belastung und entsprechende Schulung des Personals sei essentiell. Und nicht zuletzt ist eine Intensivierung von Kontrolle im öffentlichen Raum in vielen Bezirken politisch nicht gewollt. Viele Bezirksbürgermeister\*innen wollten unter keinen Umständen den Eindruck staatlicher Überwachung erwecken. Und auch an die Eigenverantwortung jedes/jeder Einzelnen solle appelliert werden. Einige betrachten in diesem Zusammenhang mehr Parkläufer\*innen, die vor Ort aufklären und sensibilisieren, als zielführender verglichen mit entsprechend aufgestocktem Personal der Ordnungsämter.

### **Verursacher\*innen in der Pflicht**

Verstärkt durch die Pandemie sind To-Go-Verpackungen für Speisen und Getränke zuletzt zu einem besonders großen Problem geworden. Gastronomiebetriebe, die entsprechende Verpackungen herausgeben, an der Problemlösung zu beteiligen, wird von den Bezirken unterschiedlich bewertet. Klar seien viele dieser Betriebe, wenn überhaupt, nur mühsam durch die vergangenen Monate gekommen, sodass einige akut keinen personellen und/oder finanziellen Mehraufwand für Mehrweglösungen stemmen könnten. Und doch ist auffällig, dass in den meisten Bezirken keine Ambitionen deutlich wurden, die über die 2023 in Kraft tretende, bundesweit gültige Pflicht zum Angebot einer Mehrwegalternative hinaus gehen. Obwohl etwa viele Umweltverbände überzeugt sind, dass diese Regelung unzureichend und mit zu vielen Ausnahmen versehen ist, empfinden die meisten

Bezirksbürgermeister\*innen, die sich dazu äußerten, sie als ausreichend und zielführend. Manche verweisen auch darauf, dass man dabei auf bezirklicher Ebene keinerlei Handhabe hätte. Und doch werden vereinzelt andere Bezirke aktiv, indem sie etwa Mehrweg-Beratungen für die Gastronomie anbieten und Pilotprojekte z.B. speziell für die Pizza außer Haus anstoßen und ausprobieren. Diese Bezirksbürgermeister\*innen wünschen sich generell auch neue gesetzliche Vorgaben für Verpackungen, die auf die Vermeidung abzielen, statt die Verwendung zu regeln. Und doch sei auch diesen Bezirken klar, dass über verschiedenste Mittel sowohl bei Produzierenden als auch bei Konsumierenden derzeit noch zu wenig Veränderungsdruck vorherrsche und einiges an Überzeugungsarbeit notwendig sei.

### **Park-Nutzungskonzepte**

Konzepte, die vielfältige Konflikte zwischen verschiedenen Nutzenden aufgreifen und zu lösen versuchen, müssen zwangsläufig in der einen oder anderen Form Ansätze und Entwicklungen aus den zuvor genannten vier Handlungsfeldern enthalten. Doch braucht es zudem intelligente Ansätze, um die unterschiedlichen freizeithen wie auch kulturellen Aktivitäten, die sich während der Pandemie mangels Alternativen zunehmend in die Parks verlagert haben, auf geeignete Flächen zu lenken. Natürlich betrifft etwa das Problem wilder Partys nicht alle Bezirke gleichermaßen. Entsprechend arbeiten jene, in denen sich die Party-Hotspots befinden, ambitionierter an unterschiedlichen Lösungen als solche, die davon nur bedingt betroffen sind. Betroffene Bezirke seien meist bemüht, Natur und Erholung sinnvoll und gerecht gegen Kultur und Musik abzuwägen. Aktuelle Beispiele zu Zugangsbeschränkungen, Alkohol- und Musikverboten in Berliner Parks zeigen jedoch, dass solche Konzepte nicht immer erfolgreich sind. Generell wurde allerdings bezirksübergreifend vermittelt, dass nächtliche Schließungen von Parkanlagen als nur in Ausnahmefällen sinnvoll, politisch oft fragwürdig und in den meisten Fällen ohnehin praktisch nicht umsetzbar wären. Ambitioniertere bzw. stärker betroffene Bezirke reagierten jedoch, indem sie z.B. Sondererlaubnisse für Kulturveranstaltungen unter Auflagen in etwa Strandbädern erteilten oder auch auf intensive Zusammenarbeit mit DRAUSSENSTADT setzten.

Die vielen teils sehr unterschiedlichen Gespräche mit den Bezirksbürgermeister\*innen, ergänzt durch die schriftlichen Stellungnahmen aus anderen Bezirken, haben uns einen umfassenden Eindruck und Überblick vermittelt, was beim Thema Vermüllung des öffentlichen Raums in Berlin derzeit bereits passiert, vor allem aber, was noch aussteht, wo dringender Nachholbedarf besteht und inwiefern Möglichkeiten aber auch Ambitionen derzeit an Grenzen stoßen. Wir sind dankbar für die Einblicke, die uns gewährt wurden und mit denen wir von nun an noch gezielter gemeinsam mit vielen anderen Engagierten der Hauptstadt für ein sauberes Berlin kämpfen werden. Denn das, was wir erfahren haben, reicht uns nicht! Wir fordern gemeinsam weiterhin, dass Berlins Müllproblem zügig, deutlich konsequenter und lösungsorientiert angegangen wird. Unsere dafür formulierten Forderungen haben weiterhin Bestand. Darüber hinaus fordern wir, dass die Bürger\*innen Berlins, die Initiativen und Engagierten mehr in den Prozess, dieses Problem zu bekämpfen, einbezogen werden. Aus einigen Bezirken kam das Versprechen, zeitnah verschiedene Akteur\*innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu diesem Zweck an runde Tische zu bringen, um gemeinsam auf Augenhöhe an Lösungen zu arbeiten. Darauf werden wir bestehen. Von anderen Bezirken werden wir Vergleichbares einfordern sowie auf verstärkte zwischenbezirkliche Zusammenarbeit drängen. Und auch auf überbezirklicher Ebene stehen wir für strukturelle Veränderung hin zu einer saubereren Stadt ein. Dazu

haben wir zuletzt auch die Spitzenkandidat\*innen für das Amt des/der regierenden Bürgermeisters/-in gesprochen, um das Thema und seine Wichtigkeit schon heute für nach der anstehenden Wahl fest zu platzieren. wirBERLIN, zahlreiche Aufräum-Initiativen und unzählige engagierte Berliner\*innen lassen nicht locker, arbeiten weiter nach allen Kräften für eine saubere, nachhaltige und lebenswerte Hauptstadt und sind bereit, für dieses Ziel mit anzupacken.